Die Spur des Goldes

Der Tagebau Clavo Rico im Süden von Honduras. Hier wird Gold geschürft.

PETRA SORGE (2)

In Honduras werden Sonderwirtschaftszonen errichtet, in denen ausländische Investoren das Sagen haben. Gut für die Unternehmen. Schlecht für die Menschen, die dort wohnen: Sie werden eingeschüchtert und vertrieben. In der Bergbau-Stadt El Corpus kann man das beobachten

Von Petra Sorge, El Corpus

Carlos Monitez ist schon lange da. Vor mehr als 20 Jahren kam der Bergmann, ein stämmiger Typ mit Schnauzbart, für die Arbeit hierher, in den Ort El Corpus im Süden von Honduras. Hier arbeitete er unter Tage, holte Gold aus dem Boden. Hier baute er für sich und seine Familie eine bescheidene Hütte. Jetzt ist er pensioniert. Stolz, mit nackter Brust und in kurzer Jeans steht er vor dem Eingang; das Dach ist aus Wellblech, die Wände aus Gummimatten.

Früher war ringsherum noch Urwald. Dann kamen die Bagger. Sie gruben sich immer tiefer ins Gestein, die Bäume fielen, aus dem kleinen, ländlichen Bergbau wurde ein gewaltiges Minengeschäft.

Jetzt steht Carlos Monitez mit seiner Hütte mitten in einem Tagebau für Gold. Rund 200 Hektar misst die Clavo Rico, ein Unternehmen der US-Firma Inception Mining aus Salt Lake City, Utah. Im Jahr 2015 hat sie hier den Betrieb voll aufgenommen. Rund 200 Menschen leben nun genau da, wo geschürft werden soll.

Der Rentner Monitez wohnt am nächsten dran, keine hundert Meter Luftlinie sind es bis zur Halde. Seine Wellblechhütte hat er inzwischen außen mit Stacheldraht verstärkt. Das hilft allerdings weder gegen die Diebe und Halsabschneider da draußen – noch gegen die Bosse, die an seinen Boden wollen.

Wie Despoten

Carlos Monitez heißt eigentlich anders, er spricht nur anonym. Denn er hat Angst. Einer Studie der internationalen Menschenrechtsorganisation Global Witness zufolge ist Honduras der „tödlichste Ort der Welt“, um den Planeten zu verteidigen. Zwischen 2009 und 2016 starben demnach 123 Menschen auf teils unerklärliche Weise, weil sie wie Monitez ihr Land verteidigten oder sich für die Umwelt einsetzten.

In El Corpus erhoffen sich die Bergbauunternehmen noch mehr Profit: Der Staat hat das gesamte Gebiet zur Freihandelszone erklärt. Es locken Niedrigsteuern, günstige Exportbedingungen, Gratis-Wasser. Laut der Zeitung La Prensa könnten die Rabatte rund 20 Prozent betragen. 500 Jahre nach den spanischen Invasoren wird das kleine Bergbaustädtchen nun von ausländischen Investoren überfallen: Neben den Amerikanern betreiben hier auch Kanadier und Chinesen riesige Tagebaue.

Es ist ein Vorgeschmack auf das, was kommen könnte, wenn Staatspräsident Juan Orlando Hernandez seinen noch größeren Plan für Freihandel in die Tat umsetzt. Er will autonome Sonderwirtschaftszonen errichten – Zonen für Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDE). Es geht um Modellstädte, in denen ausländische Investoren die Herrscher sind. Sie hätten alle Privilegien einer Staatsmacht: Sie könnten eigene Sicherheitsbehörden unterhalten, Gesetze erlassen und sogar Gerichtshöfe einsetzen.

Obwohl die Modellstädte noch gar nicht existieren, treten die Konzerne in El Corpus schon jetzt wie Despoten auf.

Carlos Montinez sagt, die US-Firma setze hier Zyanid ein, ein blausäurehaltiges Gift. Damit soll das Gold aus dem Erz gelöst werden. „Und dieses Material werden sie auch benutzen, um eine Straße zu bauen“, erklärt der Familienvater. „Wir wissen nicht, welche Schäden das in Zukunft verursachen wird.“

Auf der Halde, die sich hinter seiner Hütte auftürmt, spritzt oben aus drei kleinen Sprinkleranlagen eine Flüssigkeit heraus. Sie sickert durch die Gesteinsschichten bis nach unten, auf eine schwarze Plane. Es riecht chemisch.

Der Wirtschaftsgeologe Bernd Lehmann von der Technischen Universität Clausthal erklärt, dass der Einsatz von Zyanid üblich sei: „Es gibt keine Alternative zu dieser sehr kostengünstigen Golderz-Aufbereitung.“ Lehmann prüfte auch Fotos der Anlage in El Corpus, die die Berliner Zeitung ihm vorlegte. Diese vermittelten den „Eindruck eines ziemlich wilden Kleinbergbaus“, schrieb Lehmann, es herrsche ein Zustand, „wie ich es nur aus China kenne“. Weil es in Honduras viel regnet, sei es möglich, dass „Zyanid aus der Halde ausgewaschen wird und dann tatsächlich in der Umwelt landet“.

Der US-Betreiber Inception Mining äußert sich auf Anfrage nicht zum Zyanid. Firmenchef Trent D’Ambrosio erklärt stattdessen: „Wir zahlen ein Prozent unserer gesamten Einnahmen an die Gemeinde.“ Auch habe das Unternehmen eine Berufsschule und einen Kindergarten gebaut. Allerdings: Die Schuleinrichtung und Lehrmaterialien hat Taiwan gestellt – und der Bau der neuen Kita war nötig, weil die alte wegen der unterirdischen Tunnelanlagen einzubrechen drohte. D’Ambrosio erklärt auch: Wegen der Nähe zu den Siedlungen habe es nie Beschwerden von der Gemeinde oder den Aufsichtsbehörden gegeben.

Das könnte auch daran liegen, dass Umweltverbrechen in Honduras laut der Global-Witness-Studie selten verfolgt werden: „Straflosigkeit ist die Norm“, heißt es darin. Auch bei Mordfällen. Der Bericht, der auch das US-Projekt Inception Mining erwähnt, macht internationale Konzerne für die Lage verantwortlich: Die Regierung stecke mit Wirtschaftsunternehmen „unter einer Decke“.

Die Einwohner von El Corpus fühlen sich bedroht.

Was in der Clavo-Rico-Mine passiert, hält der Bergbauexperte Pedro Landa von der christlichen Menschenrechtsorganisation ERIC gar für „kriminell“. Er ist überzeugt davon, dass das Zyanid nicht nur Boden und Wasser vergifte, sondern über Ernteprodukte auch in den menschlichen Körper gelange.

Seine Befürchtung: El Corpus könnte bald eine Modellstadt für Bergbau werden. Und für noch mehr Ausbeutung? Fragen zu solchen Großplänen beantworten weder Inception Mining noch die zuständige Aufsichtsbehörde. Navidia Hernández, Direktorin der staatlichen Bergbauaufsicht INHGEOMIN, erklärt, sie sei „da leider die falsche Ansprechpartnerin“. Sie empfängt in ihrem Ministerium in der Hauptstadt Tegucigalpa, was durchaus besonders ist, „da ich nie Pressekonferenzen gebe“.

Navidia Hernández unterstützt das ZEDE-Gesetz. Sie hofft, „dass sich das Leben der Menschen dadurch verbessert“. Beispielsweise soll im Süden, auf der Insel Amapala, ein riesiger Hafen entstehen. Die Regierung von Südkorea soll unter den Bietern sein. Auf die Menschenrechtsfrage angesprochen, erklärt Navidia Hernández, dass die transnationalen Konzerne „sich inzwischen doch fast alle Compliance-Standards gegeben haben“.

An demokratische Standards hält sich selbst Honduras’ Staatspräsident Hernandez nicht. Als die Richter des Obersten Gerichts sein geplantes ZEDE-Gesetz für illegal erklärten, tauschte er sie kurzerhand alle aus. Auch gegen die Opposition, die den Ausverkauf des Landes fürchtet, ging Hernandez mit Brutalität vor. Im Herbst gewann er zwar erneut die Wahlen, doch Kritiker warfen ihm Wahlmanipulation und Stimmenkauf vor. Der Menschenrechtsaktivist Pedro Landa spricht von einem „Staatsstreich“. Zu den Protesten rund um die Wahlen schickte Hernandez seine Militärpolizei; 38 Menschen kamen ums Leben.

Dass das umstrittene Minen-Projekt in El Corpus möglich wurde, hängt für Landa auch mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zusammen. Die deutsche Entwicklungsorganisation finanzierte von 2013 bis 2016 ein Projekt zur Bergbaukartierung von Honduras. Beauftragt wurden die beiden deutschen Unternehmen M&P Geonova und Geoexpert. Es flossen 400 000 Euro. Eine GIZ-Sprecherin erklärt, es sei eher um eine Hochschulkooperation und einen neuen Studiengang Geologie gegangen. Studenten hätten zwei Kartierungen erstellt, die anschließend dem Bergbauministerium übergeben wurden. Die Karten böten allerdings „keine ausreichende Grundlage, um Förderaktivitäten zu beginnen“. Pedro Landa sagt, das Bergbauministerium präsentiere die Karten auf internationalen Konferenzen, „um weitere Konzessionen an Investoren zu verkaufen“.

Die Modellstädte gehen eigentlich auf die Idee der „Charter Cities“ des US-amerikanischen Wirtschaftswissenschafters Paul Romer zurück. Der heutige Chefökonom der Weltbank wollte Staaten wie Honduras bei der Entwicklung zu helfen.

Romer wollte Modellstädte aber immer nur in unbewohnten Gebieten errichten. Als klar war, dass Honduras auch besiedelte Flächen umwidmen würde, zog er sich aus dem Projekt zurück.

Manche sprechen von Raub

Die Anwältin Denia Castillo, 38, ist eine der schärfsten Kritikerinnen des ZEDE-Gesetzes. Sie sagt, mit den Modellstädten werde der „Raub von Ländereien“ betrieben. Bauern, die seit Jahrzehnten ihre Felder bestellten, seien plötzlich gezwungen, Eigentumstitel vorzuweisen, die sie nie hatten, weil stets das Gewohnheitsrecht galt. „Sie werden eingeschüchtert, vertrieben, kriminalisiert.“

Sie nennt das Beispiel der Isla Exposición, eine 3 000-Einwohner-Pazifikinsel mit Sandstränden und Palmen. Die Insel soll eine Modellstadt für Tourismus werden, ein großer Zoo sei auch schon geplant. Um das durchzuboxen, würden Verwaltung und Justiz gemeinsame Sache machen: Der Staat kaufte das Land, ein Gericht ordnete schließlich die Umsiedlung von 15 Familien an. Castillo spricht von „Vertreibungen“. Dorfbewohner, die sich widersetzten, wurden angeklagt.

Im Bergbaustädtchen El Corpus will Carlos Montinez lieber keinen Konflikt riskieren. „Wenn ich mich wehren würde, würde der Staat juristisch gegen mich vorgehen. Da hätte ich keine Chance.“ Er würde gehen, sobald die Mine expandiert, „auch unserer Gesundheit wegen“.

Petra Sorge traf in Honduras auf tolle Gastgeber. Nur nicht in El Corpus: Niemand wollte über die Mine reden.

Die Recherche wurde durch die Christliche Initiative Romero ermöglicht.